

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Wiebke Diehl

14.06.2021

KRIEG IM JEMEN

Noch mehr Sanktionen

Dem Jemen droht laut UNICEF der Kollaps. Washington verhängt weitere Strafmaßnahmen



Hani Al-Ansi/dpa

Unterstützer der Ansarollah demonstrieren am 26. März in Sanaa

Nach Einschätzung von UNICEF droht dem Jemen der Kollaps. Weniger als die Hälfte der Gesundheitseinrichtungen ist noch funktionsfähig, auch die Wirtschaft liegt am Boden. Öffentliche Dienstleistungen, Schulen sowie die Sanitär- und Trinkwasserversorgung sind zusammengebrochen, wie das UN-Kinderhilfswerk erst am vergangenen Mittwoch mitteilte. Schätzungsweise 2,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren seien von Mangelernährung bedroht, fast 230.000 von ihnen kämpften »ums nackte Überleben«. Im Jemen sind mindestens 150 Ärzte an Covid-19 verstorben – in einem Land, in dem auf 10.000 Personen nur zehn Beschäftigte im medizinischen Bereich kommen, von denen

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

wiederum nur die wenigsten eine Ausbildung als Ärzte durchlaufen haben. Zwei Drittel der Bevölkerung haben keinen Zugang zu medizinischen Diensten.

In dieser aussichtslosen Situation hat die US-Administration erneut Sanktionen verhängt – diesmal gegen Persönlichkeiten im Umfeld der von großen Teilen der jemenitischen Bevölkerung unterstützten Ansarollah (»Huthis«). Betroffen ist unter anderem Said Ahmad Muammar Al-Dschamal, der den Ansarollah Zugang zu iranischem Öl verschafft haben soll und den Washington als Chef eines Schmugglernetzwerks bezeichnet, das für die Ansarollah Tausende Millionen von Dollar generiert habe. Insgesamt zwölf Personen wurden mit Strafmaßnahmen belegt, ihr Vermögen in den USA wird eingefroren, US-Bürger dürfen keinen Handel mit ihnen treiben. Ausländische Finanzinstitutionen, die Umgang mit den betroffenen Personen pflegen, laufen Gefahr, ebenfalls auf der »schwarzen Liste« zu landen.

Die passende Begleitmusik lieferte US-Außenminister Antony Blinken, der ein weiteres Mal einzig die Ansarollah für den fortgesetzten Krieg verantwortlich machte. Es sei »Zeit für die Huthis, eine Waffenruhe zu akzeptieren und Zeit für alle Konfliktparteien, die politischen Gespräche wiederaufzunehmen«. Dass die Ansarollah in der Vergangenheit regelmäßig Waffenstillstände und den Austausch von Gefangenen angeboten haben, die Kriegskoalition von ihr selbst ausgerufene Waffenruhen hingegen bereits am ersten Tag brach, war ihm kein Wort wert. Der US-Sondergesandte für den Jemen, Timothy Lenderking, behauptete Anfang des Monats sogar, die »Huthis« seien für die humanitäre Krise im Jemen verantwortlich, als deren Hauptursache Experten indes die Angriffe der von Saudi-Arabien geführte Kriegskoalition sowie deren Blockade des Landes ausmachen. US-Offizielle pflegen zudem völlig unkritisch den Verlautbarungen der international anerkannten, aber seit über sechs Jahren nicht mehr demokratisch legitimierten »Regierung« von Abed Rabbo Mansur Hadi zu folgen, etwa wenn diese die Ansarollah der Urheberschaft für mehrere Raketenangriffe auf Marib in den letzten Wochen bezichtigt, ohne auch nur einen einzigen Beweis beigebracht zu haben.

Zwar hat die Biden-Regierung als eine ihrer ersten Amtshandlungen die von Expräsident Donald Trump vorgenommene Listung der Ansarollah als Terrororganisation zurückgenommen. Hilfsorganisationen hatten eindringlich vor den Folgen für die jemenitische Bevölkerung, von der inzwischen bis zu 90 Prozent auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, gewarnt. Am 20. Mai aber wurde zum wiederholten Mal gegen

Mitglieder der »Huthis« von der US-Administration Sanktionen verhängt. Diesmal traf es die zwei für die Offensive auf Marib zuständigen Militärkommandeure Muhammad Abd Al-Karim Al-Ghamari und Yusuf Al-Madani.

Einen Lichtblick gibt es aber: Offensichtlich wird der Flughafen in der seit 2014 von den Ansarollah kontrollierten Hauptstadt Sanaa als Folge der im Oman stattfindenden Verhandlungen zwischen Riad und den »Huthis« auf seine Wiedereröffnung vorbereitet. Die Kriegskoalition hatte den Luftraum im August 2016 geschlossen. Empfangen werden sollen internationale Passagierflugzeuge aus acht namentlich nicht genannten Ländern. Vor allem aber würde eine Eröffnung des Flughafens die Einfuhr von Hilfsgütern deutlich erleichtern und die Ausreise von Patienten zu dringenden medizinischen Behandlungen ermöglichen.

Junge Welt 14.06.2021